

Martin Affolderbach

Migration, Religion und Bildung – national und international

Migration hat es zu allen Zeiten gegeben. Konflikte und Vertreibungen sind die häufigste Ursache für erzwungene Migration. Deutschland ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem faktischen Einwanderungsland geworden. Unter den Migranten befinden sich über drei Millionen Muslime, über zwei Millionen römisch-katholische und rund eine Million orthodoxe Christen. Die religiöse Landschaft in Deutschland ist dadurch vielfältiger geworden, hat jedoch auch zu zahlreichen Konflikten besonders mit der muslimischen Religion und Kultur geführt. Während die Arbeitsmigranten aus den ehemaligen Anwerbestaaten zum Teil über ein geringes Bildungsniveau verfügten, kommt auch ein wachsender Anteil von hoch Qualifizierten nach Deutschland. Die Integration von auf dauerhaft ansässigen Migranten ist nicht nur eine soziale und zivilgesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine Herausforderung für den Bildungsbereich.

Die Bedeutung von Migrationsbewegungen

Migration als Schlüsselbegriff

Den Begriff »Migration« kannte der Duden bis vor kurzem nur zur Beschreibung der Wanderung von Zugvögeln. Dass in den Ausgaben der letzten Jahre auch die soziologische Dimension, also die Bedeutung im Hinblick auf Wanderungen von Menschen, aufgenommen wurde, signalisiert ein neues gesellschaftliches Bewusstsein für ein altes Phänomen.

Im Lateinischen bedeutet »migrare« weggehen an einen anderen Ort, um dort zu wohnen. Der davon abgeleitete Begriff »Migration« schließt heute eine Vielzahl von Wanderungsprozessen ein: Ein-, Aus-, Rückwanderung, Flucht, Mobilität und Freizügigkeit.

Der jährliche »Migrationsbericht« der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung unterscheidet folgende Zuwanderergruppen (Migrationsbericht 2004): EU-Staatsangehörige, die von der Freizügigkeit innerhalb der EU Gebrauch machen, nachziehende Familienangehörige von Nicht-EU-Bürgern, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer aus den ehemaligen Gebieten der UdSSR, Asylbewerber, Kriegs-, Bürgerkriegs- und De-facto-Flüchtlinge, Arbeitsmigranten (aus nicht EU-Staaten), IT-Fachkräfte, ausländische Studie-

rende sowie rückkehrende deutsche Staatsbürger. Eine weitere Gruppe sind illegal Zuwandernde (Menschen ohne Aufenthaltsstatus). Binnenwanderungen innerhalb eines Staates werden nicht unter diesen Begriff gefasst. Da dieser Terminus eine gewisse Dauer des Aufenthaltes unterstellt, werden Touristen und Berufspendler – der lateinischen Bedeutung folgend – nicht als Migranten bezeichnet.

Nicht selten sind Migranten auf Grund ihrer ethnischen, nationalen, kulturellen oder religiösen Herkunft von Misstrauen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bedroht oder Diskriminierungen ausgesetzt.

Migration in der Menschheitsgeschichte

In der Geschichte der Menschheit hat es zu allen Zeiten Migrationsbewegungen gegeben. Klimatische Veränderungen, Suche nach Siedlungsraum, Hungersnöte, politische oder religiöse Unterdrückung und Kriege waren die häufigsten Ursachen.

Bereits in den Berichten der Bibel finden sich zahlreiche Beispiele von Migration. Mit dem Aufbruch und der Neuansiedlung Abrahams und seiner Sippe, dem Auszug des Volkes Israel aus Ägypten und der Wüstenwanderung der Stämme Israels, der Deportation in die babylonische Gefangenschaft und der Rückkehr von dort verbinden sich zentrale Glaubenserfahrungen und theologische Einsichten. Deshalb stehen im Alten Testament Fremde und Flüchtlinge unter einem besonderen Schutz (u.a. Lev 19, 33ff.), ein Gedanke, der in den zurückliegenden Jahrzehnten im Zusammenhang mit Fällen von Kirchenasyl zu einer Neubesinnung auf die christliche Beistandspflicht für bedrohte Menschen beigetragen hat.

Die Kettenreaktion der Wanderungsbewegungen germanischer Stämme zwischen dem 3. und 6. Jahrhundert, die das Ende des Römischen Reiches besiegelten, wird traditionell als Völkerwanderung bezeichnet. Auch in anderen Weltregionen gab es große Wanderungsbewegungen in Folge von Kriegen, Invasionen oder anderen Katastrophen.

Flucht und Migration aus religiösen Gründen hat es in den zurückliegenden Jahrhunderten in Europa unter anderem bei der Vertreibung der Hugenotten aus Frankreich und den Auswanderungen von christlichen Minderheitengruppen von Deutschland und Großbritannien nach Nordamerika gegeben.

Deutschland als Zuwanderungsland

Europa war bis Anfang des 20. Jahrhunderts ein Auswanderungskontinent, den zwischen 1815 und 1930 60 Millionen Menschen verlassen haben sollen (Bade 2002, 142). Wie etliche andere europäische Länder auch ist Deutsch-

land in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zu einem faktischen Einwanderungsland geworden. In der Folge des Zweiten Weltkriegs gab es große Flüchtlingsbewegungen. Zwischen dem Kriegsende 1945 und der deutschen Vereinigung 1990 kamen ca. 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, DDR-Bürger sowie Aussiedler aus Osteuropa nach Westdeutschland. Von dem Zuzug der rund 14 Millionen sog. Gastarbeiter von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 kehrten 11 Millionen zurück. Zur Jahrtausendwende betrug der Zuwanderungsüberschuss der letzten 40 Jahre knapp 9 Millionen Personen.

Anfang der 90er-Jahre erreichte der Zustrom nach Deutschland, bedingt durch die Öffnung der Grenzen nach Osten sowie dem Krieggeschehen auf dem Balkan, einen Höhepunkt. 1992 betrug der Wanderungsüberschuss annähernd 800.000 Personen. Auch auf Grund der Asylgesetzänderungen erreichten die Zahlen 1997 und 1998 einen Tiefpunkt und haben sich seitdem um einen Wert von 200.000 Personen eingependelt (2002: +219.288 Personen). Von diesen kamen 16 % aus EU-Ländern, gefolgt von Polen (12 %), Russland (9 %), dem ehemaligen Jugoslawien (7 %), der Türkei (7 %) und Kasachstan (5 %). Die restlichen 44 % stammen aus zahllosen Nationen, was die große Bandbreite in der Herkunft der Migranten dokumentiert. Die östlichen Bundesländer, mit Ausnahme Berlins, sind an dem Migrationsgeschehen nur minimal beteiligt (Migrationsbericht 2004, 5ff.).

Die EU-Binnenmigration ist derzeit die häufigste Form des Zuzugs, gefolgt von Saisonarbeitnehmern, Spätaussiedlern, rückkehrenden deutschen Staatsbürgern, nachziehenden Familienangehörigen von Drittstaatsangehörigen und Asylbewerbern. Rund ein Fünftel der Migranten sind Deutsche, die Deutschland verlassen oder nach Deutschland zurückkehren. Das zum 1.1.2000 geänderte Staatsangehörigkeitsrecht will Einbürgerungen erleichtern, um die Integration von Migranten zu fördern. Da zahlreiche Zuwanderer von der Möglichkeit der Einbürgerung Gebrauch gemacht haben, sind diese rechtlich gesehen keine Ausländer, sondern Deutsche mit »Migrationshintergrund«. Auch die große Zahl bi-nationaler Familien bedeutet, dass Kinder mit unterschiedlichem ethnischen und kulturellen Hintergrund und Traditionen aufwachsen. Mit dem Begriff des Ausländers, mit dem die formale staatsbürgerliche Zugehörigkeit bezeichnet wird, wird nur ein Teil der Migranten erfasst. Zudem ist stets in Rechnung zu stellen, dass eine zunehmende Zahl von in Deutschland lebenden Deutschen persönliche Migrationserfahrungen haben.

Migration als weltweites Phänomen

Migration ist ein weltweites Phänomen. Der UNO zufolge haben um die Jahrtausendwende über 100 Millionen Menschen als Arbeitsmigranten ihre Heimat verlassen – nicht mitgerechnet die Menschen, die innerhalb eines

Landes zur Wahrnehmung von Arbeit migrieren. Es wird vermutet, dass sich die gleiche Zahl von Arbeitsmigranten illegal im Ausland aufhält. Das Volumen der Geldüberweisungen von Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer übersteigt die Summe aller öffentlichen Entwicklungshilfegelder.

In den zurückliegenden Jahrzehnten vollzog sich Arbeitsmigration in Europa vor allem von Süden nach Mitteleuropa. Die USA erlebten in dieser Zeit das Einströmen von Arbeitsmigranten aus Mexiko und Zentralamerika. Südafrika war und ist das Ziel zahlreicher Zuwanderer aus den umliegenden Staaten. Auf der arabischen Halbinsel lebt eine große Zahl asiatischer Arbeiter, wobei in den Arabischen Emiraten mit einem Arbeitsmigrantenanteil von 85 % der Bevölkerung ein weltweiter Spitzenwert erreicht wird.

Etwa 50 Millionen Menschen sind weltweit Opfer von Flucht und Vertreibung. 22 Millionen von diesen sind Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Der UNHCR betreut neben diesen auch zahlreiche Flüchtlinge, die Schutz bedürfen, sich aber innerhalb ihres Herkunftslandes befinden (vgl. Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen 2000). Der Mangel an natürlichen Ressourcen, zum Beispiel Wasser, kann künftig weitere Wanderungsbewegungen auslösen. Zudem leben schätzungsweise über 1,5 Milliarden Menschen in ökologisch kritischen Gebieten.

Die internationalen Mechanismen zur Prävention und zur Verhinderung solcher Krisen wie auch zur Bekämpfung der Ursachen von erzwungener Migration sind nur unzureichend entwickelt. Migration und Flucht verschlechtern in der Regel die Bildungsmöglichkeiten wie auch umgekehrt Menschen mit geringeren Bildungsmöglichkeiten tendenziell stärker durch Fluchtursachen bedroht sind.

Die europäischen Länder haben in den zurückliegenden Jahren fast alle Zuwanderung erfahren. Dabei wirken sich historische Verbindungen aus. Beispielsweise wandern vor allem Tunesier, Marokkaner und Algerier nach Frankreich zu oder Inder und Pakistani nach Großbritannien. Die höchsten Anteile von Zuwanderern verzeichnen Deutschland, Großbritannien, Spanien, Frankreich, die Niederlande und die Schweiz in dieser Reihenfolge. Im Vergleich mit der Zahl der Einwohner liegt jedoch Luxemburg weit vor der Schweiz und Irland (Migrationsbericht 2004, 79ff.).

Religion und Migration

Religionen von Migranten in Deutschland

In den zurückliegenden Jahrzehnten hat sich insbesondere durch die verstärkten Migrationsbewegungen eine neue religiöse Vielfalt in Deutschland herausgebildet.

Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, dass für Deutschland charakteristisch war, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dem römischen Katholizismus und dem Protestantismus angehörten – neben einer kleinen Minderheit von Freikirchen, kleineren christlichen Gruppen und dem Judentum. Diese zusammen kann man dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch folgend als »autochthone«, also ursprünglich ansässige Religionen in Deutschland bezeichnen. Die absolute Minderheitensituation von Menschen anderer Religionszugehörigkeit macht die folgende Zahl deutlich: Bei der Volkszählung im Deutschen Reich 1925 gehörten nur 2.968 Personen einer anderen Religion als Christentum und Judentum an. Diese Situation hat sich durch die Zuwanderung in Westdeutschland seit Mitte der 50er-Jahre deutlich verändert.

In der DDR bestand jedoch die beschriebene Situation fort. Bei der dortigen Volkszählung 1964 gaben lediglich 1.920 Personen an, »Angehörige nichtchristlicher Religionsgemeinschaften« zu sein, eine Situation, die sich bis zum Ende der DDR nicht nennenswert veränderte.

Zuwanderung und die Veränderung der christlichen Konfessionen

Von der Zuwanderung nach Deutschland hat in erster Linie die *Römisch-Katholische Kirche* zahlenmäßig profitiert, deren Gesamtmitgliederbestand sich auf rund 27 Millionen beläuft. Es gibt ca. 2,7 Millionen römisch-katholische Christen ausländischer Herkunft, die in 560 muttersprachlichen Pfarreien von ca. 530 Pfarrern oder Priestern betreut werden. Da es nach Auffassung der römisch-katholischen Kirche keine »Ausländergemeinden« gibt, wird von fremdsprachigen Missionen gesprochen. Für knapp 30 Nationalitäten bestehen Angebote, von denen die italienischen, die spanischen, polnischen und kroatischen Gemeinden zu den zahlenmäßig größten gehören.

Die Zahl der *evangelischen Ausländer in Deutschland* ist demgegenüber vergleichsweise klein und kann wohl auf 150.000 bis 200.000 geschätzt werden (vgl. dazu Kirchenamt der EKD 1997; 2001). Dies hat seinen Grund darin, dass Länder mit protestantischen Mehrheiten nur einen geringen Anteil der Migranten in Deutschland stellen. Evangelische Christen ausländischer Herkunft (die größten Gruppen sind Niederländer mit ca. 23.500; Dänen ca. 18.000; Schweden ca. 16.000; Finnen ca. 13.000 und Ungarn mit ca. 12.500) sind teilweise wie selbstverständlich in die Gemeinden der Gliedkirchen der EKD integriert. Andere bilden eigene Gemeinden außerhalb der landeskirchlichen Strukturen. Für deutschstämmige Migranten aus Osteuropa bestehen in etlichen evangelischen Landeskirchen gesonderte Angebote (Aussiedlerarbeit).

Einige *orthodoxe und altorientalische Kirchen* unterhalten schon seit längerem Gemeinden in Deutschland, die jedoch nur sehr wenige Gläubige umfassten. Durch die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte sind ca. 1,2 Millionen orthodoxe und altorientalische Christen nach Deutschland gekommen, die heute in mehr als 2000 Hauptgemeinden mit 15 Bischöfen und

etwa 270 Priestern und Diakonen organisiert sind. Griechisch-orthodoxe Christen bilden unter diesen mit etwa 400.000 Gläubigen die größte Gruppe, gefolgt von den Rumänen (ca. 300.000), den Serben (ca. 250.000), Bulgaren (etwa 60.000), Armenier (ca. 35.000), Äthiopier (ca. 20.000) sowie kleiner Gruppen von Ukrainern (etwa 3.600), Rum-Orthodoxe (ca. 10.000) und andere (Angaben nach Basdekis 2001).

Die 13 in Deutschland bestehenden *anglikanischen Gemeinden* bilden ebenfalls eine recht kleine Gruppe mit international gemischten Mitgliedern, die überwiegend Migranten sind. Die (konfessionellen und evangelischen) *Freikirchen* verfügen über zahlreiche fremdsprachliche Angebote, verstehen diese aber als Bestandteil ihres gemeindlichen Lebens. Zudem sind in einigen Freikirchen die Zahl der Russlanddeutschen nennenswert.

Zu den so genannten *neuen religiösen Bewegungen* kann man auch unabhängige christliche Gruppen wie Pfingstler und charismatische Gruppen zählen. Gruppen von christlichen Afrikanern mit charismatischer oder pfingstlerischer Ausrichtung sammeln sich oft um eine Person mit besonderer Ausstrahlung. Diese Gruppen haben oft geringe Konstanz und unterschiedlichen Organisationsgrad.

Die Bedeutung der Zuwanderung für andere Religionen in Deutschland

Das *Judentum* ist eine seit Jahrhunderten in Deutschland ansässige Religionsgemeinschaft. In den 1950er-Jahren gab es in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin knapp 17.000 Juden, die in 72 Gemeinden organisiert waren. Deren Zahl hat sich vor allem durch die Zuwanderung von jüdischen Emigranten aus Osteuropa in den 1990er-Jahren deutlich erhöht, was für die jüdischen Gemeinden eine große Integrationsaufgabe bedeutet. Der seit 1950 existierende Zentralrat der Juden, der eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist und im Jahr 2003 einen Staatsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, verfügt heute über rund 100.000 Mitglieder. Neben der im Jahr 2002 gegründeten Union Progressiver Juden mit ca. 2.500 Mitgliedern in 13 Gemeinden gibt es auch Gemeinden, die keiner Dachorganisation angehören.

Im Gegensatz zum Judentum ist der *Islam* in Deutschland fast ausschließlich eine Zuwandererreligion. Obwohl eine erste Moschee (der Ahmadiyya-Gruppe aus Indien) bereits 1928 in Berlin-Wilmersdorf gebaut wurde, gab es bis zur Gastarbeiterzuwanderung in Deutschland nur sehr wenige Muslime. Die Volkszählung von 1961 registriert für Westdeutschland nur 28.900 Personen, die dem Islam oder einer »anderen Volks- und Weltreligion« zugehören. Kurz vor der deutschen Vereinigung, nämlich 1987, ergibt die Volkszählung mit einer eigenen Kategorie »Islam« 1.650.952 Muslime; das sind 2,7 % der westdeutschen Bevölkerung. Die aktuellen Angaben zu Muslimen in Deutschland schwanken zwischen 1,7 und 3,3 Millionen, was sicherlich seinen Grund darin hat, dass der Islam kein Mitgliedschaftsverständ-

nis kennt und sich deshalb die Schätzungen mehr an nationalen Zugehörigkeiten orientieren als an religiöser Praxis oder Zugehörigkeit zu einem Moscheeverein. Rund 80 % der in Deutschland lebenden Muslime sind türkischer Herkunft, von denen etliche die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Deutschstämmige Muslime werden auf 11.000 Personen geschätzt. 10 % bis 15 % der Muslime sind in Moscheevereinen organisiert, und etwa 30 % nehmen aktiv am religiösen Leben teil. In Berlin besteht der höchste Anteil von Muslimen, nämlich mit 6,3 % der Bevölkerung, in den östlichen Bundesländern der geringste. Nach den evangelischen und den römisch-katholischen Christen sind die Muslime vor den orthodoxen Christen zur drittgrößten Religionsgruppe in Deutschland angewachsen.

Die *Aleviten* sind eine aus dem Islam hervorgegangene Gemeinschaft, die von diesem aber nicht als zum Islam gehörig anerkannt wird. In Deutschland leben schätzungsweise 500.000 Aleviten, die in ihrem Herkunftsland Türkei über 20 % der Bevölkerung ausmachen, aber über keine offizielle Anerkennung verfügen. Seit 1967 gibt es alewitische Vereine in Deutschland. Mit dem Islam verwandt ist ebenfalls die *Ahmadiyya-Bewegung* mit derzeit sechs Moscheen in Deutschland. Die ursprünglich aus dem Iran stammende *Bahai-Religion* hat in Deutschland eine Anhängerschaft von etwa 5.000 Mitgliedern.

Vermutlich leben 20.000 deutschstämmige und 35.000 bis 40.000 asiatische *Buddhisten* in Deutschland, von denen viele Flüchtlinge sind. Die Deutsche Buddhistische Union gibt deutlich höhere Zahlen an und spricht von ca. 100.000 deutschen und ca. 120.000 asiatischen Buddhisten (vor allem Vietnamesen und Thai) und rund 600 Zentren und Gruppen.

Der *Hinduismus*, dessen Anhängerschaft in Deutschland auf ca. 100.000 geschätzt wird, ist fast gänzlich durch Migranten und Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, abgesehen von einigen deutschen Anhängern von reformhinduistischen Strömungen. Wie der Islam und der Buddhismus befindet sich der Hinduismus in einer Aufbauphase, in der an festeren Organisationsformen und der Etablierung von Tempeln gearbeitet wird.

Etwa 25.000 – eigenen Angaben zufolge ca. 30.000 – *Yeziden* leben derzeit in Deutschland, die vor allem als Flüchtlinge aus den kurdischen Siedlungsgebieten und der Kaukasusregion geflohen sind. Im Hinblick auf andere Religionsgruppen und spirituelle Vereinigungen ist die Situation so vielfältig, dass sich keine generellen Aussagen zur Rolle von Migranten treffen lassen.

Bei der Darstellung der Religionsgemeinschaften sollte nicht unerwähnt bleiben, dass sich die Zahl der Menschen ohne formale Religionszugehörigkeit vergrößert hat. Schätzungsweise ca. 23 Millionen und damit rund 28 % der deutschen Wohnbevölkerung sind religionslos, wobei die Bevölkerung der östlichen Bundesländer einen hohen Anteil stellt. Migranten spielen in dieser Gruppe keine signifikante Rolle.

Pluralisierung, Säkularisierung und die Rückkehr der Religion

Die Migrationsbewegungen und die Zuwanderung nach Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, aber auch durch die deutsche Vereinigung, haben das religiöse Profil Deutschlands nachhaltig verändert. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen.

Pluralisierung

Die erste Dimension der Veränderung ist eine Pluralisierung der Religionslandschaft. Die christliche Konfessionslandschaft ist durch die Präsenz orthodoxer Kirchen und zahlreicher Christen anderer nationaler und kultureller Herkunft vielfältiger geworden und hat damit die hier ansässigen evangelischen und katholischen Kirchen und Gemeinden zu verstärkter ökumenischer Zusammenarbeit herausgefordert. Der Islam wird als eine neue, also zugewanderte Religion in Deutschland wahrgenommen. Er wird nicht nur als Bereicherung, sondern auf Grund seiner Fremdheit und Andersartigkeit oft auch als Bedrohung empfunden. Nachdem Muslime ihre Religion in Hinterhofmoscheen eher unbemerkt praktiziert haben, vollzieht sich seit einigen Jahren eine sichtbare gesellschaftliche Etablierung des Islam, die nicht nur in Moscheebauten, sondern auch in einer verstärkten Organisierung von Gruppen von Muslimen und deren Erwartungen an Zusammenarbeit mit Staat, Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen zum Ausdruck kommt. Die Frage des Zusammenlebens mit Muslimen ist deshalb eine der aktuell schwierigen und strittigen innenpolitischen Fragen in Deutschland. Die Notwendigkeit zu interreligiösem Dialog ist eine gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe.

Säkularisierung

Die gewachsene Zahl der Konfessionslosen ist ein Ergebnis der zunehmenden Säkularisierung, die sich vor allem als ein Schwinden von Traditionsbindung beschreiben lässt. Die in den kommenden Jahren auch weiterhin rückläufige Zahl der evangelischen und katholischen Christen ist jedoch auch zu einem deutlichen Anteil auf die demographische Entwicklung zurückzuführen.

Die religiöse Landschaft in Deutschland ist mehr als ein Jahrzehnt nach der Vereinigung weiterhin im Osten und Westen sehr unterschiedlich. Während die oben beschriebene Pluralisierung besonders in den städtischen Ballungsgebieten des ehemaligen Westdeutschlands und in West-Berlin anzutreffen ist, sind die Konfessionslosen in Ostdeutschland die eindeutige Mehrheit.

Die Zuwanderung von Migranten hat an der Entwicklung nur einen geringen Anteil. Obwohl es auch Migranten gibt, die keiner Religionsgemeinschaft angehören oder sich ihr zugehörig fühlen, ist die Säkularisierung ein Phänomen, das sich in vielen, jedoch nicht allen europäischen Ländern zeigt.

Die größere Zahl von Religionsgemeinschaften weist keineswegs als solche auf eine Renaissance der Religionen hin. Vielmehr sind alle Religions-

gemeinschaften, wenn auch in unterschiedlicher Weise, von Säkularisierung und Globalisierung betroffen.

Die Rückkehr der Religion

Die fortschreitende Etablierung des Islam in Deutschland hat zu einer neuen Sichtbarkeit von Religion beigetragen, nachdem der christlich-kirchliche Anteil im öffentlichen Leben in Deutschland stetig zurückgedrängt wurde. Der Streit um das Kopftuch, um Moscheebauten und andere Fragen im Zusammenleben mit Muslimen haben religiöse Aspekte erneut in die öffentliche Diskussion gebracht. Ob diese Entwicklungen zu einer stärkeren Trennung von Religion und Staat führen werden oder der Religion eine neue gesellschaftliche Rolle verschaffen, lässt sich derzeit noch nicht übersehen.

International

Weltweit gesehen kann die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion ein Grund für Migration oder Flucht sein. Oft ist jedoch die Religionszugehörigkeit mit anderen Merkmalen wie beispielsweise der ethnischen Zugehörigkeit verbunden. Zudem spielen soziale, politische und ökonomische Faktoren eine Rolle. Die bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegshandlungen in Ex-Jugoslawien sind ein Beispiel für das komplizierte Ineinandergreifen unterschiedlicher Dimensionen eines Konfliktes, bei dem die Religionszugehörigkeit ein Merkmal, aber nicht das allein ausschlaggebende ist. Die Zerstörung von Kirchen und Moscheen wird eingesetzt, um den anderen in seiner Identität verletzend zu treffen.

Zahlreiche Christen haben die Länder des Nahen und Mittleren Ostens verlassen, da sie sich einer eingeschränkten Religionsfreiheit und begrenzten Lebensmöglichkeiten ausgesetzt sahen (Kirchenamt der EKD 2003). In Südostanatolien und in Palästina ist der Exodus von Christen auf deren Situation zwischen rivalisierenden Fronten zurückzuführen. Fehlende Religionsfreiheit und Toleranz hat zur Auswanderung von Bahai aus dem Iran beigetragen. Ethnische und religiöse Aspekte verbinden sich bei der Flucht von Yeziden aus deren ursprünglichen Siedlungsgebiet im Nordirak. Radikale und extremistische religiöse Gruppen können Konflikte schüren und dabei auch Flucht, Vertreibung und Auswanderung provozieren (wie beispielsweise im aktuellen Konfliktfeld im Sudan).

Migranten und Bildung

Die Fälle von erzwungener Flucht und Migration bedeuten fast immer für die betroffenen Menschen eine Minimierung von Bildungsmöglichkeiten. Die Sicherung des reinen Überlebens hat Vorrang. In der Fremde fehlt es oftmals nicht nur an Möglichkeiten, Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen, sondern teilweise bestehen auch rechtliche, kulturelle und sprachliche Hindernisse.

Freiwillige Migration wird dagegen oft unternommen, um die persönlichen Bildungsmöglichkeiten zu erweitern. Schüleraustausch, Studium im Ausland oder berufliche Tätigkeiten in anderen Ländern dienen der Erweiterung von Kenntnissen und Erfahrungen.

Bildungssituation von Migranten und deren Kinder in Deutschland

Angaben über die Bildungssituation von Migration in Deutschland sind nur für bestimmte Sektoren verfügbar. Am besten ist dabei die Beteiligung im Ausbildungsbereich zu überblicken (Bildungsbericht 2003).

In der Phase der sog. Gastarbeiterzuwanderung kamen Migranten aus Mittelmeeranrainerstaaten nach Deutschland, die auf Grund ihrer Anwerbung für Berufe mit geringen Qualifikationsanforderungen oft über eine geringe formale Bildung verfügten. Fehlende Sprachkenntnisse in Deutsch bei der Zuwanderung erschwerten Integration und beruflichen Aufstieg. Einige Frauen vor allem aus dem traditionellen muslimischen Kulturkreis sind bis heute in der benachteiligten Situation, dass sie durch die Bindung an den Haushalt gehindert werden, Deutschkenntnisse zu erwerben und zu vertiefen. Darunter kann auch der deutsche Spracherwerb der Kinder leiden. Doch die Gruppe der Migranten ist insgesamt keine homogene Gruppe. So bieten die im Folgenden genannten Daten nur den statistischen Durchschnitt.

Der Besuch eines *Kindergartens* ist für die späteren schulischen Leistungen wie auch für soziale Kompetenzen ausschlaggebend. Ausländische Kinder besuchen fast genauso häufig einen Kindergarten wie Deutsche.

Der Anteil ausländischer Schüler an der Gesamtschülerzahl liegt bei 9,4 %; bei Hinzurechnung von Schülern mit Migrationshintergrund und Aussiedlern steigt die Prozentzahl auf etwa 12 % (vgl. Gogolin u.a. 2001). Die von der Konferenz der Kultusminister vorgelegte Übersicht über die *Schulabschlüsse* ergibt folgendes Bild (Bildungsbericht 2003, 171ff.):

<i>Schulbesuch und Schulabschlüsse</i>	<i>deutsche Jugendliche</i>	<i>ausländische Jugendliche</i>
Hauptschulbesuch	28,5 %	42,4 %
ohne Hauptschulabschluss	8,5 %	17,9 %
Realschulabschluss	50,4 %	32,0 %
allgemeine Hochschulreife	30,2 %	8,2 %
Fachhochschulreife	10,1 %	5,1 %

Auf Grund der unterschiedlichen Schulformen in den einzelnen Bundesländern lassen sich nur bedingt vergleichbare Aussagen über die Bildungsbeteiligung von ausländischen Jugendlichen machen. Das trifft vor allem für den Grundschulbereich zu.

Die PISA-Stichproben lassen einen ungünstigen Einfluss des Migrationshintergrundes auf die Bildungsbeteiligung erkennen. Auch weisen solche Jugendliche eine signifikant höhere Wiederholungsquote auf, was auf eine mangelnde Förderung hinweist, ein Phänomen, das in den unteren Klassen deutlicher auftritt und sich in den höheren Klassen angleicht.

Der Anteil der deutschen Jugendlichen im *dualen Ausbildungssystem* betrug 2001 9 %, der von ausländischen Jugendlichen lediglich 5,5 % und dies mit rückläufiger Tendenz, was vor allem auf die schlechte Situation des Ausbildungsstellenmarktes zurückzuführen ist. In einigen Berufen sind ausländische Jugendliche überproportional vertreten, wie beispielsweise im Einzelhandel, im Friseurhandwerk und in Arztpraxen, jedoch am wenigsten in Serviceberufen, im Medienbereich und in IT-Berufen. »Die Berufe, die vor allem von Ausländern ergriffen werden, zeichnen sich durch ein höheres Arbeitsplatzrisiko sowie geringere Verdienst- und Aufstiegschancen aus.« (ebd., 217) Ausländische Jugendliche sind zudem im Bereich solcher beruflichen Schulen überrepräsentiert, die vorherige Bildungsabschlüsse nachholen oder eine Funktion als »Warteschleifen« haben. Entsprechend sind ausländische Jugendliche auch in den Bildungsangeboten, die zu Studiengängen an Fachhochschulen oder Universitäten befähigen, unterdurchschnittlich vertreten.

Auch bei der Beteiligung von Ausländern an den *Hochschulstudiengängen* machen sich die soziale Schichtung und das Bildungsniveau der Migranten aus den Anwerbestaaten deutlich bemerkbar. Während Eltern aus den Anwerbestaaten nur zu 17 % über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen, jedoch zu 40 % keinen Schulabschluss haben, kommen die Eltern der anderen Nationalitäten auf 74 % Hochschulzugangsberechtigung. Während etwa 17 % aller deutschen Jugendlichen ein Hochschulstudium absolvieren, liegt der Anteil bei Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft unter 4 %. Von den Jugendlichen, die ihren Hochschulzugang in Deutschland erworben

haben (sog. »Bildungsinländer«), haben 79 % eine europäische Staatsbürgerschaft. Der Anteil türkischer Studierender unter den Bildungsinländern entspricht jedoch mittlerweile etwa dem statistischen Anteil der türkischen Wohnbevölkerung unter den Ausländern in Deutschland. An den Hochschulen in den östlichen Bundesländern ist der Anteil ausländischer Studenten am geringsten. Im zurückliegenden Jahrzehnt hat sich die Zahl der Studierenden aus dem Ausland (Bildungsausländer) verdoppelt (2003: 163.000) und ist damit fast drei Mal so hoch wie die Zahl der Bildungsinländer mit Migrationshintergrund.

Auch im Bereich der *Weiterbildungsangebote* sowie der beruflichen Weiterqualifizierung sind Ausländer deutlich weniger vertreten (ebd., 219).

Rechtliche Aspekte

Das Schulrecht bietet teilweise ungünstige rechtliche Rahmenbedingungen für Migrantenkinder (Reuter 2001, 111-199). Nicht in allen Bundesländern existieren gesetzliche Regelungen für die Beschulung dieser Kinder. Der Aufenthaltsstatus kann Auswirkungen auf die Bildungsmöglichkeiten haben, da Kinder von Asylbewerbern und Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlingen nicht in allen Bundesländern schulpflichtig sind.

Zur Förderung der Integration sollen Zuwandererkinder grundsätzlich in deutschen Regelklassen unterrichtet werden.¹ Wo erforderlich, sollen mangelnde Sprachkenntnisse durch Vorbereitungs- oder Förderunterricht ausgeglichen werden. Durch eine so genannte Feststellungsprüfung kann die Fähigkeit eines Migrantenjugendlichen in einer elterlichen Sprache bescheinigt und die Befreiung von einer Pflichtfremdsprache erfolgen.

Der in Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes garantierte bekenntnisorientierte *Religionsunterricht* ist nicht nur auf christlichen Religionsunterricht anwendbar, sondern auch für andere Religionsgemeinschaften offen, sofern diese die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Neben dem evangelischen, katholischen und vereinzelt jüdischen Religionsunterricht gibt es in einigen Regionen auch (griechisch-, russisch- oder serbisch-)orthodoxen Religionsunterricht, der im Wesentlichen von Migrantenkindern wahrgenommen wird.

Religiöse Unterweisung für die schätzungsweise 750.000 muslimischen Kinder und Jugendliche (bis 16 Jahre) wurde weitgehend im Rahmen des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts oder auf privatrechtlicher Grundlage von Moscheevereinen angeboten. Die Einrichtung eines muslimischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach scheiterte bislang weitgehend

¹ In Deutschland bestehen nur einige wenige Ersatz- oder Ergänzungsschulen für ausländische Kinder (z.B. griechische Lyzeen in Trägerschaft des griechischen Staates oder muslimische Grundschulen in Bayern und Berlin).

an der fehlenden religiösen Autorität, die dem Staat als Partner zur Festlegung der Inhalte der Lehrpläne zur Verfügung stehen kann. Es existieren jedoch Modellversuche mit Zwischenlösungen (Bayern und Nordrhein-Westfalen) oder landespezifische Regelungen, die den Unterricht in die alleinige Verantwortung einer Religionsgemeinschaft legt (Berlin und Brandenburg). Im Interesse einer Integration von Muslimen in das gesellschaftliche Leben und der Kontrolle radikaler Einflüsse sollte der Staat selbst Interesse haben, diese Modelle weiter zu entwickeln.

Migration und Integration

Bildung kann wesentlich dazu beitragen, Ursachen für erzwungene Migration zu beseitigen. Die Erziehung zu einer kritischen Sensibilität für Menschen-, Minderheiten- und Freiheitsrechte kann langfristig die Schaffung und Erhaltung gerechter und partizipativer gesellschaftlicher Strukturen fördern. Zu diesen globalen Bildungszielen gehört auch die Schaffung eines Bewusstseins dafür, dass bedrohte Menschen Schutz benötigen und dass Andersartigkeit und kulturelle Fremdheit Respekt erfordern.

Während erzwungene Migration zu vermeiden ist, kann freiwillige Migration die Verständigung von Menschen unterschiedlicher Prägung begünstigen und Toleranz und Offenheit fördern. Bildung kann diesen Prozess wesentlich beeinflussen.

Religionen können Ursache von Spannungen und Konflikten sein insbesondere dort, wo sie mit einem Überlegenheitsanspruch auftreten oder die Akzeptanz anderer vermissen lassen. In den meisten Religionen stecken jedoch auch starke Kräfte für die Anerkennung der Menschenwürde, für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung. Diese müssen noch stärker zur Geltung kommen. Eine vordringliche Aufgabe interkultureller Pädagogik im Allgemeinen wie auch von religiöser Bildung im Besonderen ist es, für Toleranz, wechselseitiges Verständnis der Religionen und Kulturen einzutreten sowie Extremismus und Radikalismus entgegenzuwirken.

Für die Kirchen ist die Fürsorge für Flüchtlinge und Migrant*innen seit langem ein wichtiger Teil ihres gesellschaftsdiakonischen Engagements. Neben den Angeboten von Fach- und Beratungsdiensten für Migrant*innen und Hilfen zur Integration haben sich die Kirchen seit den 60er-Jahren öffentlich für ein tolerantes Miteinander, für Maßnahmen der Integration und Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eingesetzt. Dazu gehören unter anderem die auf kirchliche Initiative gegründete und seit 1975 bestehende »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche« und das Arbeitsvorhaben der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland »Lade deine Nachbarn ein!«. Auf Weltebene ist das Programm des Ökumenischen

Rates der Kirchen für »entwurzelte Menschen« (uprooted people) zu erwähnen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich mehrfach für eine zukunftsorientierte Migrations- und Integrationspolitik ausgesprochen und dabei unter anderem auch die Bedeutung der Bildung unterstrichen (Kirchenamt der EKD u.a. 1997b; Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland, 2000; Zusammenleben gestalten 2002). Integration ist ein kontinuierlicher und wechselseitiger Prozess, der nicht nur den Migranten Anpassungsleistungen auferlegt, sondern auch die Mehrheiten in einem gesellschaftlichen Wandel hineinnimmt. Bildung kann helfen, diesen Wandel friedvoll und zukunftsorientiert zu gestalten.

Zum Weiterlesen

- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.), Migrationsbericht der Integrationsbeauftragten im Auftrag der Bundesregierung, Berlin: Eigenverlag Januar 2004.
- Kirchenamt der EKD, »Bestandsaufnahmen zur Situation von Gemeinden anderer Sprache und Herkunft in Deutschland«, Bericht an die Synode der EKD, Hannover, November 2001. Zugänglich unter www.ekd.de/migrantengemeinden/kap_dokumente.html.
- Zusammenleben gestalten. Ein Beitrag des Rates der EKD zu Fragen der Integration und des Zusammenlebens von Menschen anderer Herkunft, Sprache oder Religion, Hannover 2002.

Literatur

- Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (Hg.), Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. 50 Jahre humanitärer Einsatz, Bonn 2000. Verzeichnis aller Publikationen unter www.unhcr.de.
- Bade, Klaus-J., Einwanderungskontinent Europa. Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts, Osnabrück 2001.
- Basdekis, Athanasius, Die Orthodoxe Kirche. Eine Handreichung für nicht-orthodoxe und orthodoxe Christen und Kirchen, Frankfurt a.M. 2001.
- Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula/Reuter, Lutz R., Schulbildung für die Kinder aus Minderheiten in Deutschland 1989-1999. Schulrecht, Schulorganisation, curriculare Fragen, sprachliche Bildung, Münster u.a. 2001.
- Henkel, Reinhard, Atlas der Kirchen und der anderen Religionsgemeinschaften in Deutschland – eine Religionsgeographie, Stuttgart u.a. 2001.
- Kirchenamt der EKD (Hg.), Kirchen und Gemeinden anderer Sprache oder Herkunft, Hannover u.a. 1997a.

Kirchenamt der EKD/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz/Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (Hg.), »... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.« Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht, Bonn u.a. 1997b.

Kirchenamt der EKD (Hg.), Bedrohung der Religionsfreiheit. Erfahrungen von Christen in verschiedenen Ländern. Eine Arbeitshilfe, EKD-Texte 78, Hannover 2003.

Klöcker, Michael/Tworuschka, Udo (Hg.), Handbuch der Religionen. Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften in Deutschland, München 1997.

Reuter, Lutz R., Schulrecht für Schüler nichtdeutscher Erstsprache, in: Zeitschrift für Ausländerrecht 21 (2001), H. 3, 111-119.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Bildungsbericht für Deutschland, Opladen 2003.

Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der EKD, Gütersloh 2000.